

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung bei höherer (besonderer) oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5509. Postcheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 303 A

BERLIN • Sonntag, den 22. Januar 1933

2 JAHRGANG

Vor dem Angriff der Nazis

„Politik aus dem Glauben.“

Von Willi Eichler.

Die politische Lage ist nach der (an anderer Stelle dargestellten) Aeltestenrats-Sitzung alles andere als übersichtlich. Das Ratespiel ist um so schwerer, als man bei den meisten der gerade Verantwortlichen nicht damit rechnen kann, daß es sich bei ihnen um denkende Politiker handelt. Sie machen in der Tat eine

„Politik aus dem Glauben.“

Wobei man korrekter sagen muß: aus dem Aberglauben oder aus noch unqualifizierteren Gefühlen. Sicher scheint nur zu sein, daß für Herrn von Schleicher die schönen Tage von Aranjuez vorbei sind und daß er, genau wie Karlos, nicht heitler als zuvor ist. Sein politischer Plan, besser: sein politischer „Glaube“ an ein Kabinett: Schleicher, Hugenberg, Gregor Sträber, Stegerwald — und sein weiterer „Glaube“, durch Köderung Straßers Herrn Hitler, und durch Köderung der christlichen Gewerkschaften in der Person Stegerwalds, auch die freien in der Person Leipstas und darüber hinaus die SPD in ihrer Bewegungsfreiheit zu hemmen, kann wohl als gescheitert gelten. Dieser Plan ist ein typischer Plan vom „grünen Tisch“ — kein Wunder bei einem „Rürogeneral“. Derselbe völlige Abstellung aller Schritte auf die Wirkung persönlicher Intrigen, die wir bei dem Mann mit dem verdienten Namen immer wieder finden, sehen wir auch bei dem biedereren Versuch, sich erst mal als gemütlicher Onkel „mit einem Schuß Leichtsinn“ einzuführen, als der „soziale“ General, der schon als Junge nicht die Dienstmädchen anschauen durfte, als der Verzehrende, der eine umfassende Amnestie erlaubt, weil sie viele Freunde betrifft, und als der Großmütige, der von der Notverordnung das preisgibt, was er sowieso nicht halten kann — alles in der Erwartung, sich so gleichsam bei der Weltgeschichte in ein empfehlendes Licht zu rücken. Aber so leicht bei einander, wie hier die Gedanken wohnen, so hart stießen sich im Raum die Sachen:

Was heute eine Regierung tun muß, wenn sie nicht schnell am Ende ihres Lateins angekommen sein will, das ist die Behebung, wenn auch eine stufenweise Behebung, wenigstens der fürchterlichen wirtschaftlichen Not des Volkes.

Man kann zwar einem geistig Armen durch die Verbrüderung auf das Jenseits ein „X“ für ein „U“ machen (und diese Möglichkeit wird ja auch weidlich ausgenutzt!), aber man kann einem Verhungerten nicht eintreten, er sei satt. Hier liegt der Hund begraben — und wenn einer bisher seine Dienstmädchen nicht angebrüllt hat, so beweist das noch nichts in bezug auf seine Fähigkeiten, ein ganzes Volk satt zu machen. Was die Regierung in dieser Beziehung geleistet hat, ist weniger als nichts. Sie hat zwar die beiden kapitalistischen, vorläufig „feindlichen“ Brüder Großgrundbesitzer und Monopolindustriekapital in eine Stube gesperrt, aber der kluge Bürogeneral hat nicht gewußt, daß sich zwei Leute zanken können, auch wenn sie in einer Stube sitzen. Auch hier das Gleiche wie in den anderen Fällen.

Gerade weil die entscheidende Frage lautet: Wie kann heute das Volk, wie kann die Menschheit satt werden?, deshalb müssen heute solche Versuche scheitern, mit allen möglichen Rezepten die Oberfläche der Krise gleichsam glätt zu streicheln.

Beseitigt werden kann die Krise heute nur durch entscheidende Maßnahmen: durch rücksichtsloses Stoppen der dauernden Subventionen an eine dem wirtschaftlichen Untergang verfallene, aber politisch sich durchsetzende Clique von Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen, bei gleichzeitigen Maßnahmen zur Hebung der Massenkaufkraft. Die beiden ungeheuer mächtigen Gruppen endgültig zu Boden zu rufen, kann natürlich nur Aufgabe einer Arbeiter- und Bauernregierung sein.

Der Sozialismus stellt sich im Verfolg dieser Aufgabe auf die Tagesordnung.

Die beiden erwähnten Gruppen selber sehen durchaus, daß sie nicht mit einer „sozialen“ Geste Boden gewinnen können. Sie haben den Kernpunkt erfaßt: Man muß materielle Vorteile nicht nur versprechen, man muß sie auch vermitteln. Daher der hohe Preis für die künstliche Jarde der Nazijünglinge, die nicht nur von jetzigen Tagesgeldern leben, sondern innerlich auch von der Aussicht auf einige Pöstchen im Dritten Reich. — Und daher auch die vielen und ausgedehnten Kriegstreiberbereien. Im Kriege, da ist zwar nicht mehr der Mann etwas wert (das ist nach Schiller anders geworden), aber da sind Getreidelieferanten und

Warum keine Abwehrfront?

Schleicher soll noch planen, sich mit Herrn Bracht über die von den Nazis geplante Demonstration auf dem Bülowplatz zu unterhalten. Angeblich gilt diese Unterhaltung der Sorge, ob die Polizei auch die Sicherung des Platzes durchführen könne. Vielleicht ist aber den regierenden Herren die ganze Geschichte doch etwas brenzlich geworden.

Wie die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD sich noch immer albern benehmen, wenn es gilt, einen politischen Verstand zu zeigen, zeigen die Beschlüsse führender Instanzen zu der Nazi-Aktion:

Der Bezirksvorstand Berlin der SPD

In Gemeinschaft mit der Leitung des „Reichsbanners“ erläßt einen Aufruf, in dem er zunächst die Provokation der Nazis und die Billigung durch die Polizei scharf verurteilt. Er schließt seine Kundgebung gegen die Reaktion so:

„Das immer drastischer Auftreten der Reaktion zeigt der Berliner Arbeiterschaft, wohin die von den Kommunisten hervorgerufen und dauernd geschürte Uneinigkeit im Proletariat führt. Die Kommunisten machen ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter unmöglich, indem sie fortfahren, anstatt die Reaktion die gegen die Reaktion kämpfende Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind zu behandeln. Jetzt fordern sie unter gleichzeitiger stärkster Beschimpfung der Sozialdemokratischen Partei die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich ihrer Aktion anzuschließen.“

Hierzu erklären wir: Die politisch geschulten und disziplinierten Massen der Sozialdemokratie folgen lediglich der Parole ihrer eigenen Partei. Die Sozialdemokratische Partei beteiligt sich an Veranstaltungen der KPD am kommenden Sonntag nicht.“

Das Zentralkomitee der KPD

erläßt einen Aufruf in Leitartikelform, der den Abschnitt enthält: Da steht der Feind! Und darunter heißt es:

„Die sozialdemokratischen Führer fallen den Antifaschisten, die sich zur Abwehr des Faschismus rüsten, feiglings in den Rücken. Wie die Eggerstedt und Co. in Altona die Naziprovokation schützten, wie die SPD-Führer bei der Erschießung der 17 Altonaer Arbeiter den Faschisten die Straße freigaben, so wenden sich die Künstler und Litke heute gegen den antifaschistischen Massenkampf. Sie erlassen einen Alarmruf gegen die „sinnlosen Aktionen“ der KPD und des Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion, wenden sich gegen die sich bildende Einheitsfront der Arbeiter und ermuntern damit direkt zu faschistischen Angriffen auf das Proletariat. Die SPD- und ADGB-Führung, die durch Leipart und andere Spießgesellen der Schleicher-Regierung die Treue versprochen, hält enge Verbindung mit jenem Galgen-Sträber, der nach eigenem Ausspruch „bis an die

Schwerindustrielle etwas wert. Jedenfalls sind die Subventionen, die diese Leute dann bekommen, erheblich getarnt; die viele Kriegsanleihe geht dann unter der Bezeichnung „Bezahlung“ weg. Und so bringt das Volk leichter Opfer für seine „Selbstversorger“. Und als Beigabe für diese stellt sich heraus: Der innere Friede (eben noch durch den „Parteilismus“ zerrissen) stellt sich von selber wieder her, der „Feind steht draußen“, „in der Stunde der Gefahr...“, sagt wohl sogar mancher SPD-Führer, und manche Generale werden dann vielleicht „keine Parteien mehr kennen, sondern nur noch Deutsche!“ Und die Arbeitslosen? Die birgt dann das Feld der Ehre!

Will einer im Ernst leugnen, daß diese Denkart eine Logik hat? Und will er leugnen, daß die in Frage kommenden Gruppen der kapitalistischen Klasse jedenfalls vorläufig keinen anderen Ausweg sehen als diesen? Und will er leugnen, daß diese Gruppen längst mit der Vergiftung der öffentlichen Meinung begonnen haben, mit der Vergiftung: Deutschland sei von allen Seiten von „Feinden“ umgeben, sein Hauptziel sei in seiner „Versklavung“ zu suchen? Und daß sie mit dieser Art von „Krisenüberwindung“ Anklang finden? Nein, kein Sehender und Denker kann hiervon etwas leugnen!

Wenn man das aber nicht kann, dann wird es Zeit, die Sozialisten, die Streiter für Recht, Freiheit und Kultur, zusammenzubringen zur Eroberung der Macht, um wirtschaftliche und geistige Freiheit und Gerechtigkeit durchzusetzen!

AUS DEM INHALT:

- Treibjagd auf die KPD.
- Neuer Fememord in der SA?
- Nazi-Terror gegen Frauen.
- Die Wunde im Osten.
- Gegen den Zehnten in England.
- Mit dem Fahrrad über die Alpen.

Knöchel im Blute waten“ will, der den Ausspruch prägte: „Gehent wird doch“.

Auch hier also, fast wie bei Herrn Schleicher, die Versuche, die politische Lage und die Not des Volkes auszunutzen, um hintenherum Parteigeschäfte zu machen. Wenn man das bei Herrn Schleicher, als einem Exponenten der herrschenden Klasse auch verstehen kann und auch damit rechnet, so muß ein solches Benehmen der Arbeiter-„Führerschaft“ den entschiedenen Protest aller Arbeiter, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten oder andere Sozialisten, herausfordern.

Die überparteilichen Organisationen der Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften, sollte jetzt von allen Freunden einer wirklichen Einheitsfront dazu ausgebaut werden, gegenüber den Prestigemanövern einer bornierten Parteibürokratie ein Hort für gemeinsame Aktionen zu werden. Auch die Gewerkschaften allerdings weisen hier noch manche Mängel auf, gerade wegen der Abhängigkeit ihrer Führung von der Parteibürokratie.

Aber der Kern einer Einheitsfront: Angehörige verschiedener politischer Richtungen in einer Organisation, ist hier vorhanden.

Durch eine pflegliche Arbeit von unten, in den Betrieben und in den Versammlungen der Gewerkschaften, muß erreicht werden, daß auch nach „oben“ hin der Gedanke sich durchsetzt:

Die Arbeiterorganisationen sind dazu da, die Arbeiterschaft gegen die Reaktion zu schützen und nicht dazu: einem unbeherrschbaren Klüngel von Bezirks- und anderen Sekretären Möglichkeiten zu liefern, den entsprechenden anderen Klüngel an Dummheit zu überbieten.

Mit Rücksicht auf die „aufreizende Schreihweise“ der kommunistischen Presse hat Herr Melcher fast alle kommunistische Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel für die nächsten Tage verboten.

Wir haben als Sozialisten eine Galgenfrist, die in der nicht einfachen Lage der herrschenden Klasse begründet ist: Der Krieg ist zwar für viele ein Geschäft, und zwar kein schlechtes; aber: im Hintergrunde steht die Revolution!

Das weiß man auf seiten der herrschenden Klasse; und man weiß auch, daß die folgende nicht mit so einfachen Mitteln zu korrumpieren wäre, wie das 1918 geschehen ist.

Die so noch vorhandene Galgenfrist müssen wir nutzen: Im Angesicht des Unterganges eines Schiffes, und gar erst einer Gesellschaftsordnung, diskutiert man zunächst die Rettungsmöglichkeiten und nicht die Frage, wer für die Rettungsboote die Motoren geliefert hat.

Auf dem Wege zu einheitlichen Taten der Arbeiterschaft ist diese in jüngster Zeit voran geschritten — viel zu langsam, aber sie schritt vorwärts. Frankreich, Belgien, Sachsen sind Lichtblicke.

Möge auch die Abwehr der Faschisten, die am Sonntag morgen frech und herausfordernd vor einem Arbeiterparteihaus demonstrieren wollen, uns einen solchen Schritt weiter führen, einen Schritt, den planmäßig auszubauen Aufgabe einer Politik ist, die uns nicht, wie die „Politik aus dem Aberglauben“, in das Chaos, sondern als eine Politik der Vernunft zur Erreichung unserer Ideale: zur sozialistischen Gesellschaft führt.

Das Hineinschludern in den Krieg.

Gu-n. Wie die Herrschenden in Deutschland die ökonomische und politische Krise gehen lassen, wie sie ein Bild der Willenlosigkeit bieten, in dem der Zug des Verantwortungsbewusstseins fehlt, so ist es in internationalem Maßstabe in Genf: Verantwortungs- und Willenlosigkeit gegenüber der Krise im Weltmaßstabe, die im Fernen Osten anwächst.

Am Mittwoch hatte der Neunzehner-Ausschuß eine neue Kompromißaktion mit den Japanern eingeleitet, zu der sich zunächst Tokio äußern sollte. Die japanische Regierung hat zwar den Großmächten ihren Wunsch nach einer baldigen Klärung ausgesprochen. Als aber der Neunzehner-Ausschuß am Freitag seine unwürdigen Unterhaltungen wieder aufnahm, war die japanische Delegation zu den Verhandlungen nicht erschienen und Matsuo hatte mitteln lassen, das japanische Kabinett werde erst am Freitag zur Beschlüßfassung über den neuen Kompromißvorschlag zusammen treten. Der Neunzehner-Ausschuß hat sich dann um 24 Stunden vertagt.

Inzwischen arbeiten japanische Bombenflugzeuge in der Provinz Jehol weiter. Im übrigen ruhen die Kämpfe wegen großer Kälte, wie Marschall Tschang Hsue-Liang meldet.

Die chinesische öffentliche Meinung ist aufs höchste entzündet über die unfairen Händel des Völkerbundssekretärs Drummond mit den Japanern, über die wir vorgestern berichteten. Mit Recht! Die „Neue Zürcher Zeitung“ sagt über Drummond: es fielen schwer, „eine Charakteristik für sein Vorgehen zu geben“.

Im ganzen: Japan sucht Zeit zu gewinnen, die anderen lassen Zeit verstreichen.

Alle sprechen von Japans Austritt aus dem Völkerbund. Aber keiner will für diesen Bruch die Verantwortung übernehmen. Jeder möchte — wenn es schon zum Bruch kommt — den Zeitpunkt so wählen, daß der Schein der Schuld auf den anderen fällt. Einige haben Angst vor dem Bruch —

wegen der weltpolitischen Konsequenzen. Soeben taucht eine neue Diskussion auf: Japan erhält zur Zeit im Auftrage des Völkerbundes das Mandat über die ehemals von Deutschland beherrschten

Karolinen (nordöstlich von Australien im Stillen Ozean). Der Streit um diese Inseln, die für die drei Imperialisten Japan, USA, England gleich begehrenswert sind, wird bei Japans Austritt aus dem Völkerbund akut. Das Gewitter über dem „Stillen“ Ozean zieht sich zusammen.

Ethischer Realismus.

Ueber Genf hat Einstein neulich als ein Realist geurteilt, indem er sagte: die Genfer Friedenskonferenz sei nicht nur eine Tragödie, sondern die dort anwesenden Staatsmänner leisteten obendrein den Kriegsbestrebungen unter dem Vorwand, Frieden zu stiften, Vorschub. Weniger realistisch war seine Folgerung: wenn die Amerikaner Frieden haben wollten, müßten sie sich zusammen mit den europäischen Staaten weigern, Kriegsmaterial herzustellen und zu kämpfen. Ein Realist wird einen solchen Appell heute nicht an die kapitalistischen Regierungen, sondern an die organisierte Arbeiterschaft aller Länder richten.

Wehrminister sehen dich an!

Im „Kampf um die Gleichberechtigung“ steht die sterreichische Regierung hinter der Reichsregierung nicht zurück in der Freude auf den „Umbau des Heeres“. Der Heeresminister erklärte im Nationalrat, für ihn sei es erfreulich, daß sich weite Kreise der Bevölkerung weit über die Parteigrenzen hinaus an dieser Frage interessiert zeigten. Er nehme dieses Interesse als Beweis für den Willen des Volkes zur Wehrhaftigkeit und zur Erziehung der Jugend in autoritärem Sinne.

Zahlen über Indien.

324 Millionen Analphabeten.

In Indien gibt es insgesamt 225 Sprachen und 20 verschiedene Schriftarten.

Im Jahre 1881 kamen auf 1000 Inder 81 Männer und drei Frauen, die lesen und schreiben konnten. Nach einer neuen Zählung können von 1000 Männern 156 lesen und schreiben, von 1000 Frauen 29. In ganz Indien gibt es 28 131 315 von 352 887 778 Menschen, die lesen und schreiben können. Von 1000 Menschen über 20 Jahre beherrschen 28 die englische Sprache, die einzige offizielle Sprache im Lande.

Sozialistenjagd in Japan.

Aus Tokio wird gemeldet, daß dort die Polizei am Freitag 200 Mitglieder der japanischen Kommunistischen Partei wegen Hochverrats verhaftet habe. Weitere Verhaftungen würden in Kobe und Osaka durchgeführt. Bereits vor einigen Tagen sollen anlässlich des Sturms auf die Singer-Nähmaschinenfabrik in Yokohama der stellvertretende Vorsitzende des japanischen Gewerkschaftsbundes und andere Arbeiterführer verhaftet worden sein. Der Sturm auf die Singer-Fabrik hat den Bürgermeister von Tokio zum Rücktritt veranlaßt; er fühle sich mitverantwortlich, weil er die kommunistische Bewegung nicht „mit der nötigen Energie“ unterdrückt habe.

Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten kam es in Chicago, anlässlich einer Demonstration, an der 5000 Kommunisten teilnahmen. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Schwerverletzte.

Autobusstreik in London.

In London ist es zu Einzelstreiks der Autobus-Angestellten gekommen, die sich gegen die Beschleunigung der Fahrzeit der Autobusse richtet.

Bis Sonnabend früh war die Zahl der Streikenden auf etwa 5500 gestiegen. Die Arbeiter erklären, daß die Beschleunigung, die die Unternehmer auf Grund eines Abkommens mit den Gewerkschaften einführen wollen, mit den Wagen alten Typs nicht durchgeführt werden könne. Die Gewerkschaft unterstützt den Streik nicht, versucht aber, zwischen der Gesellschaft und den Arbeitern zu vermitteln.

Am Freitag lagen 696 Fahrzeuge und 48 Linien still. An vielen Stellen der Stadt kommt es zu Verkehrsstörungen. „Piraten“-Omnibusse leisten Streikbrecherdienste und machen gute Geschäfte dabei.

S.O.S.

Der englische Flieger Bert Hinkler ist schon seit Tagen in der Gegend der Schweizer Alpen verschollen.

Der englische Frachtdampfer „Exeter City“ ist mitten im Ozean in schweren Sturm geraten. Die Kommandobrücke ist von einer Welle heruntergerissen worden, die Rettungsboote sind zerstört. Von den 32 Mann der Besatzung sind vier, darunter der Kapitän, getötet worden. Ein amerikanischer Dampfer eilt dem Schiff zu Hilfe.

An Bord des Dampfers „Generalgouverneur Paul Doumer“ der Französisch-Indochinesischen Schiffahrtsgesellschaft brach in den Lagerräumen Feuer aus, als sich das Schiff auf der Reise von Singapur nach Saigon befand. Der größte Teil der Ladung verbrannte.

Die Grippe breitet sich aus.

In Wolfenbüttel hat die Grippe einen solchen Umfang angenommen, daß die Schulleitung sich gezwungen sah, die Mittelschule, die Bürgerschulen und die Kindergärten bis zum 30. Januar zu schließen.

Auch in Braunschweig sind der Schließung der Volksschulen mehrere höhere Schulen gefolgt.

In Göttingen fehlen über 50 Prozent der Kinder und zahlreiche Lehrer, so daß auch dort der Unterricht teilweise ausgesetzt wird.

Im Siegerland ist in manchen Betrieben ein Drittel der Belegschaft an Grippe erkrankt.

In Düsseldorf bleiben vom 21. bis 28. Januar aus Anlaß der Grippe-Erkrankungen sämtliche Schulen geschlossen.

Moralische Abrüstung.

Herriot über „Frankreich in Mitteleuropa“.

Zur Eröffnung einer Vortragerreihe sprach Herriot über „Frankreich in Mitteleuropa“.

Als Hauptregeln der Außenpolitik nannte er:

1. Die Außenpolitik darf sich niemals nach der Regierungsform der anderen Staaten richten (was sich offensichtlich auf die Versuche einer Verständigung mit Italien bezieht).

2. Eine Politik, die nicht auf Gewalt gegründet sein soll, muß auf Verlangen gegründet sein. Eine Abänderung der Verträge kann nur mit Zustimmung aller erfolgen.

Herriot sprach dann von dem autoritären deutschen General, dessen gegen Frankreich gerichtete Ansprüche er nicht wiedergeben wolle, um nicht unhöflich zu werden. Wenn man in Frankreich von Freiheit rede, meine man die Geistesfreiheit. In Deutschland verstehe man darunter die Freiheit, Waffen zu tragen. Frankreich sei beunruhigt durch

die Abmachung der Reichsgründungsfeier.

Herriot nannte auch offen die fünf deutsch-französischen Fragen, die es neben der Abrüstungskonferenz gäbe: Korridor, Danzig, Saargebiet, entmilitarisierte Rheinlandzone, Kolonien.

Die Lösung dieser Fragen setze eine moralische Abrüstung voraus.

Wie es damit steht, zeigte Herriot am Beispiel einiger deutscher „Rüstungs-Illustrierten“.

Aus den Bemerkungen der „BBZ“ über diese Rede:

Deutschland sei „nicht mit Recht verurteilt und bestraft“ worden, „sondern von einer Ueberzahl von Raubern überfallen, überwältigt und seiner Freiheit beraubt worden“. — Eine gröbere Fälschung der Geschichte läßt sich wohl kaum vorstellen!

„Herriot, der in diesem Punkte der Sprecher Frankreichs sein dürfte, zeigt sich tief beunruhigt über die schwarz-weiß-rotten Fahnen, die bei den deutschen Reichsgründungsfeiern hier und da (viel zu wenig) zu sehen waren. Sie sind für Herrn Herriot, der den „Vorwärts“ gut liebt, die Embleme der Monarchie von 1914. Mehr als dies, Herr Herriot! Die schwarz-weiß-rotten Fahnen sind für Deutschland die mahnenden, aufrüttelnden Zeichen der Erinnerung an ein freies Deutschland.“

Die belgische Kunstausstellung.

Ein anderer Fall von patriotischem Kretinismus findet sich in dem Organ der „Christlichen“ Gewerkschaften: „Der Deutsche“. Es schreibt über die belgische Kunstausstellung:

„Ist sich die Reichsregierung darüber klar, was ihre Bürokratie in unzeitgemäßem Verständigungswahn und unter Nichtachtung der deutschen Volksmeinung wieder einmal an innerem und äußerem Porzellan zu zerschlagen gedenkt? Die Proteste und Absagen werden sich häufen, und wir sind neugierig, wie die Eröffnungsveranstaltung am Pariser Platz vor sich gehen wird. Man wird bestenfalls „unter sich“ sein. Denn Menschen mit volkischem Verantwortungsbewusstsein werden keinen Wert darauf legen, sich an dieser belgischen Festivität zu beteiligen.“

Einer jener Bünde für das Deutschtum im Inland, Deutscher Schutzbund (Volksdeutscher Arbeitskreis) e. V., hat an die Reichsregierung geschrieben: „Eine solche Veranstaltung würde angesichts dieser Lage gegen den obersten Grundsatz der Volksgemeinschaft verstoßen: das reichsdeutsche Volk und seine Führung muß seine Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten jederzeit von der Behandlung der deutschen Volksgenossen in diesen Staaten abhängig machen.“

Aufrüstungsbestrebungen der englischen Admiralgänge.

Die englischen Militärs, die, wie die Generale und Rüstungsindustriellen aller Länder, das Mißlingen der Abrüstungskonferenz mit Befriedigung zur Kenntnis genommen haben, haben alle Hobei in Bewegung gesetzt, um eine Erhöhung des Marinebudgets für das nächste Haushaltsjahr durchzusetzen. Die Nationalisten rechnen damit, „daß der Marinehaushalt 1933/34 bedeutend höher sein werde, als der des Vorjahres“!

Gleichzeitig wird bekannt, daß die abgesagten großen gemeinsamen Manöver der gesamten Britischen Flotte nun doch stattfinden.

Luftschutz auch in Belgien.

Der ständige Ausschuss für industrielle Mobilmachung im Kriegsfall (!) faßt einen Plan für den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Gasangriffe.

Ideal für Militaristen.

Im polnischen Sejm wurde das Kriegsbudget besprochen. Der gesamte polnische Haushalt umfaßt 24 Milliarden Zloty. Auf die Wehrmacht entfallen allein 823 Millionen Zloty. Rechnet man die Ausgaben für Polizei und Grenzschutz dazu, so entfallen auf den inneren und äußeren Schutz der polnischen Junker und Generale fast eine Milliarde Zloty.

Das Gewitter am Balkan.

„Giornale d'Italia“ meldet, daß Kriegs- und Eisenbahnmateriale in zunehmender Menge nach Jugoslawien eingeführt worden. Zwischen der jugoslawischen und schweizerischen Regierung seien Abmachungen getroffen worden über den Transport von Munitionsstahl durch die Schweiz nach Jugoslawien. Angesichts der italienisch-jugoslawischen Feindschaft ist es leicht möglich, daß dieser Bericht von dem italienischen Blatt frei erfunden ist.)

Gegen Senkung der Militärausgaben.

Einmündiger Beschluß des französischen Heeresausschusses.

Der Heeresausschuß der Kammer hat am Freitag den Kriegsminister über die vom Finanzminister vorgenommenen Kürzungen der Militärausgaben befragt und auf Grund der Erklärungen des Kriegsministers eine Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß die verschiedenen Kürzungen, die seit dem 15. Juli 1932 am Heereshaushalt vorgenommen wurden, 1,25 Milliarden Franken betragen, also mehr als ein Sechstel des 1932 verabschiedeten Heereshaushalts.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß weitere Kürzungen der Militärausgaben die Organisation und Schlagkraft des Heeres beeinträchtigen und damit die Sicherheit des Landes gefährden würden.

Diese Entschließung ist angeblich einstimmig angenommen worden. Wenn die Sozialisten wirklich dafür gestimmt haben, so besteht der Verdacht, daß sie ihre Stimmen wieder zum Objekt irgend welcher Tauschgeschäfte gemacht haben.

Tote für den nächsten Krieg.

Im Pulvermagazin in Retamares (Spanien) wurden vier wachhabende Soldaten durch ausströmendes Gas getötet. Zwei weitere Soldaten sind schwer erkrankt.

Kriegsschuldenverhandlungen im März.

Einigung Roosevelt-Hoover.

Die auf Wunsch Englands zustandgekommene Unterredung Hoovers mit Roosevelt über die Kriegsschuldenfrage hat zu dem von England gewünschten Ergebnis geführt. Der ehemalige und der zukünftige Präsident haben gemeinsam erklärt: „Die britische Regierung hat um eine Besprechung der Kriegsschuldenfrage ersucht. Die Roosevelt-Regierung ist bereit, Anfang März britische Vertreter zu empfangen. Es ist selbstverständlich, daß gleichzeitig Wirtschaftsprobleme besprochen werden, an denen die Vereinigten Staaten ebenso wie England interessiert sind. Daher ist die Entsendung britischer Wirtschaftsvertreter gleichfalls erforderlich. Das Staatsdepartement wird einleitende Schritte bei der britischen Regierung unternehmen.“

Die britische Regierung wird bei den Schuldenverhandlungen wahrscheinlich die Abdeckung der gesamten Kriegsschulden durch eine innerhalb fünf Jahren zahlbare Pauschalsumme vorschlagen.

Die englische Presse

ist über die Erklärung der amerikanischen Präsidenten sehr befriedigt. Manche Blätter befürchten allerdings, daß die erwähnte Besprechung der Weltwirtschaftskonferenz vorgegriffen wird, so daß, wie fast immer, nur die Vertreter der Großmächte die wichtigen Entscheidungen fällen.

Die Gerüchte über die Neutralisierung Oosterreichs, die von Frankreich angestrebt würde, werden jetzt von französischen Blättern scharf angegriffen. „Ere Nouvelle“ schreibt, diese Gerüchte seien von der französischen Regierung als falsch bezeichnet worden.

Danzig-polnische Konflikte vor dem Völkerbund.

Immer langsam voran!

Vor den verschiedenen Instanzen des Völkerbundes harrten 25 Danzig-polnische Streitfragen einer Entscheidung.

Die Älteste stammt aus dem Jahre 1922.

Die Danziger Vertreter haben vorgeschlagen, daß der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig die Vollmacht hat, bis zur endgültigen Entscheidung eines Streitfalls selbstständig Maßnahmen zu ergreifen. Ein juristischer Dreierausschuß ist mit der Neuregelung des Verfahrens beschäftigt.

Die Wahl des Oberkommissars.

Auch die Frage, wer Oberkommissar von Danzig werden soll, hat der Völkerbund noch nicht gelöst. Der amtierende Kommissar, Rosting, führt daher wahrscheinlich noch eine Zeitlang die Geschäfte weiter. Die Wahl eines neuen Kommissars wird dadurch erschwert, daß die polnische Regierung sich weigert, einen Vertreter einer Großmacht auf diesem Posten anzuerkennen.

Die Konferenz für die Einführung der 40-Stunden-Woche hat mit 36 gegen 21 Stimmen (der Arbeitgebergruppe) beschlossen, einen Abkommensentwurf über die Einführung der 40-Stunden-Woche auszuarbeiten.

Lettische Minderheiten gegen Aufhebung der Mittelschulen.

Der lettische Kultusminister beabsichtigt, sämtliche Mittelschulen der deutschen, russischen, polnischen und jüdischen Minderheiten zu schließen. Die Minderheiten, ein Viertel der Bevölkerung, protestierten dagegen, weil am Etat der lettischen Schulen keine Abstriche gemacht werden.

Pensionäre des Staates.

Im Gefängnis verhungert.

In dem rumänischen Gefängnis von Turnu Severin sind zwei Gefangene verhungert und erfror. In der Presse heißt es, daß die Lebensmittellieferanten schon seit langer Zeit nicht mehr bezahlt worden seien, das Gefängnispersonal und der Direktor des Gefängnisses hätten seit Monaten kein Gehalt mehr bekommen, Brennholz sei im Gefängnis nicht vorhanden u. s. w. Viele Gefangene seien bereits so geschwächt, daß sie sich kaum mehr auf den Füßen halten können.

Treibjagd auf KPD.

Treiber: Spitzel. Jäger: Reichsgericht. Beute: kläglich.

Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Donnerstag acht Chemnitzer Arbeiter wegen Sprengstoffvergehens verurteilt.

Es erhielten: der Maler Gammisch unter Einrechnung einer früher gegen ihn erkannten Strafe wegen schweren Postraubs, die er zur Zeit verbüßt, sieben Jahre Zuchthaus; der Bauarbeiter Zaha, ebenfalls unter Einrechnung einer früher erkannten Strafe wegen Raubes, vier Jahre Zuchthaus; der Arbeiter Muck dreieinhalb Jahre Zuchthaus; der Former Neubert drei Jahre Zuchthaus; der Gärtner Erth zweieinhalb Jahre Zuchthaus; der Schlosser Dellinger, der Maurer Hund und der Bauarbeiter Link je zwei Jahre Zuchthaus. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Angeklagten waren beschuldigt, im Winter 1930/31 mehrere Sprengstoffdiebstähle ausgeführt und während des damals in Chemnitz stattfindenden Straßenbahnerstreiks versucht zu haben, an Schienen und Leitungen Sprengungen auszuführen.

Die meisten Angeklagten sind Kommunisten, andere waren Spitzel.

Ein Spitzel wurde von einem Nazi-Anwalt verteidigt. Eine dunkle Rolle spielte der Hauptangeklagte Gammisch. In der Voruntersuchung hatte er ausgesagt, der Chemnitzer Kriminalkommissar Jost habe ihn zur organisierten Durchführung der Sprengstoffdiebstähle veranlaßt, „damit die Poli-

zei bei den Kommunisten geeignetes Material vorfinde, das sie gegen die Partei verwenden könne“. Die Telegraphen-Union berichtet, daß diese Angaben Gammischs „als völlig unwahr gekennzeichnet“ worden seien, verschweigt, von wem sie so gekennzeichnet und ob sie als unwahr erwiesen worden sind. Gammisch hat dann eine „rote Wehrstaffel“ gegründet, angeblich um mit ihr Sprengstoff- und Waffendiebstähle auszuführen. Seine Angaben sind aber sicher äußerst unzuverlässig. Er hat nicht nur den Kriminalkommissar Jost, sondern auch seine Mitangeklagten schwer belastet. Der famose Jost hat, wie in dem Prozeß festgestellt wurde, dem freigesprochenen Spitzel Ebert Geld gezahlt. Derselbe Jost machte „aufsehenerregende Mitteilungen“ über eine angeblich von ihm und seinen Kollegen entdeckte Feme-Einrichtung in der KPD.

Derartig „aufsehenerregende Mitteilungen“ zu Tage zu fördern, war — wie u. a. die aufgedonnerte Berichterstattung der Presse vom Schläge der „Berliner Borse-Zeitung“ zeigt — mit der Zweck dieses Prozesses.

Das Ergebnis ist kläglich: Aussagen von Subjekten vom Schläge Jost-Ebert-Gammisch werden in den Augen keines objektiv Urteilenden brauchbares Material gegen die KP liefern können. Was der Prozeß aber von neuem gezeigt hat, ist die Tatsache, daß

die Polizei mit Hilfe von Subjekten wie den Genannten dabei ist, Belastungsmaterial gegen die KP herzustellen.

Naziterror gegen Frauenliga. Mit Stinkbomben und Tränengas.

A. L. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hatte am Donnerstagabend in Frankfurt a. M. zu einer Versammlung mit dem Thema „Warum Luftschutz — warum Wehrpflicht?“ eingeladen. Etwa 500 Personen waren anwesend.

Die Versammlung konnte nicht stattfinden. Schon bei den ersten Sätzen der einleitenden Rede wurde die Vorsitzende durch einen nazistischen Redner unterbrochen. In einer Resolution an den Reichspräsidenten verlangte er unter anderm die

Todesstrafe für alle Kriegsgegner.

Es entstand Tumult im Saal. Von den anwesenden Nazis, die ein Drittel der Versammlungsteilnehmer ausmachten, wurden Tränengas- und Stinkbomben geworfen. Tische wurden umgeworfen, Stühle zertreten, die ausgelegten Propagandaschriften teils zerrissen, teils auf den Boden geworfen — so zog der Nazihäufel davon.

Wo war die Polizei? Bei unvoreingenommenen Beobachtern des Vorfalles entstand der Eindruck, als ob die Nazis der Polizei einen willkommenen Anlaß für die Auflösung der Versammlung gegeben hätten. Als nämlich eine Frau vorschlug, die Versammlung fortzusetzen, wurde sie von einem Polizisten barsch zurechtgewiesen mit den Worten: „Sie glauben doch nicht, daß man in diesem Raum heute noch eine Versammlung abhalten kann!“

Diese Versammlung hat wieder einmal gezeigt, daß gerade Versammlungen linksstehender Organisationen durch einen ausreichenden Saalschutz gegen Sprengungsversuche der Nazis geschützt werden müssen. Die Polizei ist — wie der Vorfall zeigt — kein Schutz solcher Veranstaltungen, vor allem nicht, wenn es darum geht, der militaristischen Verblödung entgegenzuarbeiten.

Weiterer Nazi-Terror.

In Erfurt-Nord veranstalteten die Nazis in der Nacht zum Freitag einen Aufmarsch. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit Kommunisten, „Reichsbanner“-Leuten und Polizei. Neun Kommunisten wurden festgenommen.

In Wolfsanger bei Kassel hatten die Nazis am Freitagabend einen Aufmarsch. Zusammenstoß mit Kommunisten und Polizei. Ein Polizist und mehrere Nazis verletzt. Verhaftungen nicht gemeldet.

In der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln am Freitagabend Schlägerei von Nazis mit „Reichsbanner“-Leuten. Ein „Reichsbanner“-Mann verletzt. Festgenommen ein „Reichsbanner“-Mann und zwei Nazis.

In der Plesserstraße in Teltow wurde in der Nacht zum Freitag ein 22jähriger Kommunist von 20 Nazis überfallen und mit Stahlruten niedergeschlagen.

Neuer Fememord in der SA?

Die „Rechtsabteilung“ der Berliner Nazi-Gauleitung hat dem „Vorwärts“ schriftlich mit der Beantragung einer einseitigen Verfügung gedroht für den Fall, daß (!) er sich folgende Behauptungen des nationalsozialistischen Oppositionsblattes, „Der deutsche Weg“, zu eigen machen würde:

„In Berlin wurde vor längerer Zeit der SA-Mann Kurt Thiel, genannt ‚Tommy‘, durch einen Schuß getötet. Angeblich hat Thiel durch Selbstmord geendet. Aber dies war wenig glaubhaft, denn die Leiche zeigte, daß

Thiel durch einen Schuß erledigt worden war, der den Einschlag hinter dem Ohr des Thiel gefunden hatte. Thiel war von seinem Sturmbannführer der Spitzerei verdächtigt worden.

Man hatte ihn daraufhin aus der SA ausgeschlossen. Ist es richtig, daß Tommy Thiel am Abend seines ‚Selbstmordes‘ mit sechs anderen SA-Leuten aus dem Sturmlokal von dem damaligen Sturmführer Masurat abkommandiert wurde, und daß Masurat mit Thiel die Gneisenaustraße hinunterging und den anderen SA-Leuten befahl, zu decken? ... Ist es richtig, daß die sechs ‚deckenden‘ SA-Leute plötzlich einen Schuß hörten und daß bald darauf Masurat allein zurückkam und ‚Wegtreten!‘ kommandierte? ... Warum waren die sechs Beteiligten nicht zu ermitteln? Ist nicht Masurat verhaftet gewesen? Wurde er nicht anschließend befördert?“

Diesen Mitteilungen, für deren Richtigkeit wir den im Hitler-Lager besser orientierten Redakteuren des „Deut-

schon Weg“ die Verantwortung überlassen müssen, haben wir nur die Frage anzufügen:

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Wo bleiben die gegen Arbeiter so aktiven Mittelbach, Wagner, Stenig oder ihre zuständigen Kollegen?

Die „Roten Nieter“ aus Hamburg.

Ir. In einer Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Feier in Braunschweig traten die „Roten Nieter“ aus Hamburg auf.

Die von dem Redner, Edwin Hoernle, aufgestellte Forderung des Klassenkampfes wurde von der Truppe wirksam unterstützt. — Besonderen Anklang fanden die Szenen, die zeigten, wie Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam kämpfen, zum Beispiel bei einer Exmittierung, bei einem Lohnstreik und bei einem Kampf gegen die Schikanen des Arbeitsamts.

Besonders wirkungsvoll war die Szene, in der diejenigen aufgefordert werden, sich am Kampf zu beteiligen, die heute noch abseits stehen, aber „dabei sein wollen, wenn es losgeht“. — Am wichtigsten war, daß im Abschluß der Revue Protest erhoben wurde gegen den Krieg im Fernen Osten und gegen den Völkerbund, wenn auch hier einige Reste der „ultralinken“ Politik der KP zum Vorschein kamen, so bei der Gleichsetzung der II. Internationale mit dem Völkerbund. (Die III. Internationale hat ja bisher auch nichts Wirksames gegen den Krieg im Fernen Osten unternehmen, und sie könnte gerade heute mehr tun, wenn die Kommunisten zu einer ehrlichen Einheitsfront bereit wären.)

Im Deutschen Reiche gibt es einen Staat, der heißt Mecklenburg-Strelitz. In Strelitz gibt es ein Technikum. An diesem Technikum ist ein Lehrstuhl für Wehr-„Wissenschaft“ eingerichtet worden. Mit dem Besitz eines solchen Lehrstuhls an einer höheren technischen Lehranstalt ist Mecklenburg-Strelitz den übrigen deutschen Ländern voran. Wissenschaftliche Leistungen des Strelitzer Technikums haben dieses bisher nicht an die Spitze gebracht.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Eisenach: Donnerstag, 26. Januar, 20.15 Uhr, im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs!

Mainz: Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Was ist uns heute Lenin?

Köln-Mitte: Dienstag, 24. Januar, 20.15 Uhr, im Coloniasaal, Aachener Str. 5. Thema: Die Justiz der herrschenden Klasse wütet! Redner: Hans Lehnert (München). Eintritt: 15 Pfennig. Für Erwerbslose: 10 Pfennig.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Am Montag, dem 23. Januar 1933, spricht um 20.15 Uhr in den „Sophien-Festsälen“ (Hansa-Zimmer), Sophienstraße 17/18, in der Hauptversammlung: Fritz Küster über die DFG im Präsidialdeutschland.

Deutsche Liga für Menschenrechte.

Ortsgruppe Mitte: Mitgliederversammlung, Montag, 23. Januar, 20 Uhr, Mombijouplatz 10. Otto Lehmann-Rubildt: „Abrüstungskonferenz wird zur Aufrüstungskonferenz.“ Gäste willkommen!

Ortsgruppe Charlottenburg: Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Klubhaus am Knie, Charlottenburg, Berliner Straße 27. Dr. S. Kawerau: „Die Generationenscheidung in Deutschland in ihrer soziologischen und geistigen Struktur.“ In der Diskussion sprechen u. a. Professor Arthur Rosenberg, Frau Oberschulrätin Hildegard Wegscheider. Gäste willkommen.

Jugendliga: Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Mombijouplatz 10. Dr. Carl Misch: „Die Republik Spanien.“ Gäste willkommen!

A. M. FREY

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenheuer Verlag AG, Berlin.

„Aha, die Angeforderten vom Ersatztruppenteil. Auf euch warten wir lange. Aber die daheim lassen sich ja Zeit mit dem Nachschub. Habt ihr Hunger? Laßt euch in der Revierküche was geben. Dem Herrn Regimentsarzt werdet ihr morgen vorgestellt, in der Revierstunde. Der teilt euch ein. Für heut könnt ihr ausruhen. Da — in dem Keller ist noch Platz. Dort könnt ihr ablegen. Es sind sogar augenblicklich ein paar Lager frei.“

Sie tappen Steintreppen hinunter in einen muffigen, stockfinsternen Abgrund. Beim Streichholzschein sehen sie ungeheure Franzosenbettstellen mit durchgebrochenen Matratzen, aus denen Seegras herausschneit; ein paar Pferdedecken liegen umher, der Boden sieht aus wie der in ihrem Eisenbahnwagen. Ein Tisch trägt einen klebrigen Ueberzug von gesüßten Kaffeeresten.

Nachher sitzen sie fremd im Hofe, sprechen leise miteinander und warten auf den Abend. Niemand kümmert sich um sie, und sie geben es auf, hochzuspringen, wenn ein Unteroffizier an ihnen vorbeikommt. Denn jeder läßt ihre Ehrenbezeugungen so gelangweilt und erstaunt beiseiteliegen, daß sie sie nicht mehr zu machen wagen.

„Wo ist eigentlich die Front?“ erkundigte sich einer gedämpft, als könne man etwas Bösesartiges aufwecken, wenn man zu laut ist.

„Dort“, sagt der andere.

„Nein, dort“, meint der dritte und weist in die entgegengesetzte Richtung.

Es ist schon ganz Nacht, da entschließen sie sich zu ihrem Keller. Aber siehe da, diesmal ist unten Licht, und jemand sitzt am klebrigen Tisch mit nacktem Oberkörper, lacht und beschäftigt sich angeregt mit seinem Hemd.

„Grüß Gott“, wünscht der neugierige Stöger. „Was treibst denn du, Kamerad?“

„Ah, ihr seid neu“, sagt aufmerksam der Fremde, „sonst könntest du net so saudumm daherfragen, Kamerad. — Meine Läuse‘ zupf ich zusammen.“ Und er zeigt eine blecherne Zigarettenschachtel, in der es winzig und ekelhaft schwerfällig umherwimmelt. „Einundvierzig auf einen Schlag, net wenig, was?“ lacht er. „Da, Kamerad Neuling, ich schenk‘ sie dir.“ Und er schüttet sie dem überrumpelten Stöger hinten hinter die Halsbinde.

Der Bader ist sanft verzweifelt, aber er läßt sich von dem Spaßmacher bald trösten. „Kriegen tut sie heraußen unfehlbar jeder. So hast du sie gleich richtig.“

Sie legen sich nieder. Sie löschen die Kerze. Funk hat sich nicht im mindesten entkleidet. Nicht einmal die Haken seines Kragens öffnet er, auch die Mütze nimmt er nicht ab. Heimlich bindet er die Aermel seines Waffenrocks mit Schnürchen zu, mit Bindfaden von Liebesgabenpaketen, denn er ist fest entschlossen, keine Läuse zu bekommen.

Aber mitten in der Nacht, aus schlechtem Schlaf, fährt er hoch, weil etwas über seinen Schenkel hinweg, gegen die Brust herauf. Er fühlt unter den Fingern für den Bruchteil einer Sekunde ein weiches Felchen, er denkt für einen Sekundenbruchteil an eine Katze, denn er liebt Katzen — aber dann wird er nadelscharf in den Handballen gestochen, gebissen wird er, und er begreift in eiskaltem Schreck und Ekel, daß eine Ratte sich die Störung durch seine Hand verboten hat.

Für den Rest der Nacht, den er schlaflos verbringt, hört er ihrer viele rascheln, polternd rennen, plump springen, nagen, schlürfen, quieken, sich raufen und sich begatten.

5.

Sie sind eingeteilt worden.

Morgens um acht haben sie zusammen mit Leichtkranken und obenhin Verwundeten, die bei der Truppe verblieben, zur Revierstunde antreten müssen. Revierstunde wird abgehalten im ehemaligen Turnsaal dieses ehemaligen Pensionates.

Vorher haben sie Gelegenheit gehabt, sich zu waschen, nach vier Tagen zum erstenmal. Im Hof steht ein Pump-

brunnen. Während der eine den Schwengel geschwungen und das Grundwasser heraufgeholt hat, hat der andere den Kopf unter den Strahl gehalten, unter ein brakiges, leise faulig riechendes Wasser. Es trinkend zu „genießen“, ist streng verboten.

Nun stehen sie bescheiden erfrischt und überhaupt sehr bescheiden in einem Winkel des Saales, dessen Steinfliesen Kühle ausdünsten. Sie sollen ganz zum Schluß an die Reihe kommen.

In Raumesmitte sind etwa vierzig Mann versammelt, die ärztlicher Behandlung bedürfen: Fingerentzündungen, Furunkel, Rheumatismen, Katarrhe, Verstopfungen, Durchfälle, leichte Verletzungen am Drahtverhau, leichte Prellungen und Streifschüsse. Die Wunden sind bloßgelegt, die Mullbinden säuberlich aufgewickelt in den Händen der Kranken, denn gleiches Material wird wiederholt benützt, es gibt nicht täglich eine neue Binde; man muß sparen, schon im Herbst 1915.

Die Brustkatarrhalischen stehen ohne Wickel und frieren leicht, aber alles muß wie auf den Schlag bereit sein, denn im Augenblick, da der Arzt ins Zimmer tritt, läuft die Behandlung ab ohne eine Sekunde Unterbrechung, gleich dem dahinfegenden Schicksal.

Die drei ranghöchsten Sanitätsleute der drei Bataillone halten ihre Namenlisten, ihre Fiebertabellen in den Fäusten. Zwei: der vom ersten und der vom dritten Bataillon sind ehrgeizig wie scharfe Konkurrenten. Jeder will die besseren Heilerfolge aufzutischen haben. Beide sind tüchtig und zuverlässig. Der vom ersten ist obendrein persönlich mutig und kaltblütig, dabei gutartig, ja väterlich zu Untergebenen, jedoch dem Saufen und dem Jähzorn zugeneigt. Er heißt Josef Asam, ist Zimmermann und stammt aus der Moorgegend nahe dem Wendelstein. — Der vom dritten Bataillon war Krankenpfleger in der Chirurgischen Klinik zu München; er bildet sich's nicht nur ein — er hat das größere Wissen, er beherrscht halbwegs ein Dutzend lateinische Bezeichnungen, er läßt sich hie und da in wissenschaftliche Gespräche mit den unteren Aerzten ein, denen er in praxi entschieden überlegen ist, er Franz Fühlein.

(Fortsetzung folgt.)

Der Streik der Autobusführer in Durham.

F. H. Durham, 18. Januar.

Seit über einer Woche streiken in der englischen Grafschaft Durham die Autobusführer der „United“, einer Autobusgesellschaft, die der mächtigen „Tillings“-Gruppe angehört und eine der größten Einzelunternehmungen für Straßentransport in Großbritannien ist.

Der Konflikt war schon seit Monaten im Gange, da die Gesellschaft die Arbeitsbedingungen unerträglich verschlechtert hatte. Seit Beginn des Streiks sind jedoch die meisten Forderungen der Arbeiter erfüllt worden. Man hat sich jedoch geweigert, die Streikenden — etwa 200 Arbeiter — wieder einzustellen.

Eine der Ursachen des Konflikts ist die Einführung eines Arbeitssystems, nach dem die Autobusführer mitten in ihrer Arbeitszeit 10 Minuten und länger „frei“ haben, während sie auf die Abfahrt des Wagens warten. In vielen Fällen werden infolgedessen die Chauffeure nur für 8 Stunden bezahlt, obwohl sie 15 Stunden lang unterwegs gewesen sind.

Ein anderer Konfliktsstoff liegt darin, daß die Gesellschaft keine gewerkschaftlichen Tariflöhne zahlt. Einige Gemeinden haben den Autobusgesellschaften, die keine Tariflöhne zahlen, die Lizenz für die Benutzung der „Wege“ entzogen. Die „United“ zahlt, solange sie durch diese Gemeinden fährt, Tariflöhne, außerhalb dieser Gemeinden berechnet sie die sonstigen Lohnsätze.

Die „United“ erkennt keine Gewerkschaften an. Statt dessen hat sie Depot-Komitees gebildet, deren Versammlungen die Angestellten (während der Arbeitszeit) be-

suchen müssen. Diesen Komitees ist natürlich die Rolle „gelber“ Gewerkschaften zugeordnet.

Die Gewerkschaft — die Transport and General Workers' Union — hat die Beendigung des Streiks und die Annahme der Bedingungen der Unternehmer gefordert. Das würde bedeuten, daß die Streikenden erst wieder eingestellt würden, wenn Stellen für sie frei sind, und zwar als Anfänger. Sie würden alle oft durch jahrelange Arbeit erworbenen Rechte auf Beförderung, übertarifliche Löhne u. s. w. verlieren.

Die Gesellschaft hat Streikbrecher eingestellt. Außerdem hat sie — so wird behauptet — schon vor Beginn des Streiks mehr Arbeiter eingestellt als sie brauchte, um sie bei Ausbruch des Streiks als Streikbrecher zu verwenden. Das war möglich, weil nur eine geringe Zahl der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist.

Außerdem beherrscht die Gesellschaft, auf dem Wege über die bürgerliche Presse, die öffentliche Meinung. Die Transport and General Workers' Union hat zwar für die einzige Labour-Zeitung, den „Daily Herald“, einen Bericht geschrieben, der aber spät erschien und gegen die Propaganda der bürgerlichen Lokalpresse nichts ausrichten konnte. Die Unternehmer ließen Plakate gegen den Streik durch die Straßen tragen, und es ist bekannt geworden, daß diese Plakate schon im vergangenen Sommer gedruckt worden sind. Die Gesellschaft hat sich also seit langem auf den Kampf vorbereitet.

Das Durham Trades Council (Gewerkschaftskartell) hat die Führung des Kampfes übernommen und arbeitet mit der Gewerkschaft zusammen, um die Wiedereinstellung der Streikenden zu erwirken.

Der Konflikt bei der GEG in Hamburg.

Schiedsspruch angenommen.

O.E. In der Nr. 291 berichteten wir, daß der Vorschlag der Verhandlungs-Kommission (5 Prozent Gehaltsabbau und Abbau der Ferien) in der Urabstimmung mit dreiviertel Stimmenmehrheit von den GEG-Angestellten abgelehnt worden war. Die GEG rief daraufhin den Schlichter an. Dieser fällt einen Schiedsspruch, der den alten Vorschlag der Verhandlungskommission zur Grundlage hatte.

Am Dienstag wurde der Schiedsspruch gefällt. — Am Mittwoch bemühte sich eine Kollegin vergeblich, zu erfahren, wie er lautete. Die Antwort auf ihre Frage war stets: „Wartet auf die Personalversammlung.“ Diese fand am Mittwoch abend statt. Als Berichterstatter über die Verhandlungen zwischen ZdA und GEG vor dem Schlichter hatte der ZdA das Verbandsvorstandsmitglied Fritz Rogon extra aus Berlin geholt. Dieser sagte in der Personalversammlung u. a., daß der Schlichter über die „hohen“ Gehälter der GEG-Angestellten entsetzt gewesen sei. Der Schiedsspruch sah vor: 5 Prozent Gehaltsabbau und Abbau der Ferien, mit Geltung vom 1. Januar. Die Regelung der Ferien ist etwas günstiger wie die der Verhandlungskommission. Rogon berichtete weiter, daß man ihm von Seiten der Geschäftsleitung aus zugesichert habe, die Gehaltskürzung erst vom 1. Februar ab in Kraft treten zu lassen.

Auch der Betriebsratsvorsitzende und die Versammlungsleitung setzten sich warm für die Interessen der GEG ein! „Diesen Schiedsspruch müßt ihr unbedingt annehmen,

da er besonders günstig ist.“ Die Kollegen waren empört. Nachdem in der Diskussion zwei Kollegen gegen und einer für den Schiedsspruch gesprochen hatten, erhielt Rogon das Schlußwort. Nun wurde er frech. Als eine Kollegin zu seinen Ausführungen den Kopf schüttelte, rief er: „Verehrte Kollegin! Sie brauchen nicht mit dem Kopf zu schütteln. Das können Sie tun, wenn Sie 20 Jahre älter sind!“ Ähnliche Frechheiten bekamen wir noch weiter zu hören. Die Kollegen waren alle sehr erregt und aufgebracht. Einer rief ihm zu: „Bist du denn schon alt genug, daß du mit dem Kopf schütteln darfst?“

An der darauf folgenden Abstimmung beteiligten sich nur sehr wenig Kollegen.

Von 600 Anwesenden stimmten 50 für und 30 gegen den Schiedsspruch.

Alle anderen enthielten sich der Stimme. Die Versammlungsleitung hatte keine geheime Abstimmung vornehmen lassen. Es wurde durch Hand-Aufheben abgestimmt.

Die meisten Kollegen hatten also nicht den Mut, offen zu zeigen, daß sie gegen den Schiedsspruch waren. Sie hatten Angst, ihre Stellung zu verlieren. Ein anderer Grund, der einige zur Annahme des Schiedsspruches bewog, wurde deutlich von einer Kollegin ausgesprochen: „Das Mittel, weiter zu kämpfen, ist der Streik. Aber man kann Streiks nur in einer günstigen Wirtschaftslage führen.“ Der Nachweis einer Kollegin an Hand des „Funken“, daß Streiks auch in der Krise gewonnen werden können, überzeugte sie nicht. Sie ist eine sonst aktive und ehrliche SP-Genossin, aber sie bekommt in jeder Versammlung und in jeder Zeitung ihrer Partei diese jede Tatkräft lähmende Theorie zu hören.

Es kommt jetzt alles darauf an, diese Kollegen von den Tatsachen zu überzeugen, und den Mut, der sich in der ersten Abstimmung zeigte, weiter zu stärken.

400 Arbeiter entlassen.

Die Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenbergo hat zum Sonnabend (21. Januar) wieder 360 Arbeiter entlassen. In der Vorwoche hatte sie mit den Entlassungen begonnen. Insgesamt sollen 400 Arbeiter entlassen werden. Die Auslandsaufträge, besonders die französischen, sind ausgeblieben.

Tarifikündigung der Tabakarbeiter.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband (Hamburg) hat beschlossen, den Reichstarif zu Ende März zu kündigen. Die Tabakarbeiter wollen eine Aufbesserung der Löhne und eine Herabsetzung der 48-Stunden-Woche. Der Kündigungsschluß geschah in Übereinstimmung mit dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter.

Geschäftsplünderungen und Raubüberfälle werden zur Zeit fast täglich gemeldet. Hier einige vom Freitag: 1. Auf eine Filiale der Vereinigten Pommerschen Meiereien in der Adalbertstraße in Berlin; Beute: für etwa 40 Mark Wurst. 2. Auf die Filiale der Butterhandlung Hoffmann in der Hermannstraße in Berlin; Beute: etwa 60 Pfund Käse und Wurst. 3. Auf ein Reichspostauto auf der Straße von Köln-Brück nach Rat-Heumar; Beute: 480 Mark in bar, 400 Mark in Marken, einige Briefbeutel; von den drei Räubern hatten zwei Polizeiuniform; sie bedrohten den Postaus Helfer mit einer Pistole.

Verbilligte Seefische

für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger.

In die Maßnahmen zur Verbilligung von Lebensmitteln für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger ist nunmehr auch die Abgabe von frischem Seefisch einbezogen worden. Je einmal in den Monaten Januar, Februar und März können an Stelle von einem Pfund frischen Fleisches oder frischer Wurstwaren ein Pfund Schweineschmalz oder mindestens zwei Pfund frischer Seefisch bezogen werden. Der erniedrigte Preis muß für die angegebene Menge 30 Pfennig unter dem Tagespreis oder, wenn zwischen dem Kommunalverband und den Verkaufsstellen besonders niedrige Preise für Unterstützungsempfänger vereinbart worden sind, 30 Pfennig unter diesem Preis liegen.

Hausangestellte und ihre Behausungen.

In Brietzig (Kr. Pyritz) wurde die Hausangestellte Hildegard Wigmann, die ihr Zimmer der strengen Kälte wegen mit einem Kohle-Plättchen erwärmen wollte, von den ausströmenden Kohlegasen betäubt. Zum Glück wurde sie von Hausbewohnern so rechtzeitig aufgefunden, daß sie nach stundenlangen Wiederbelebungsversuchen wieder zu Bewußtsein kam. — Ob man ihr jetzt ein geheiztes Zimmer gibt?

Arbeitsbeschaffung der Stadt Berlin.

Der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsgesellschaft hat dem Magistrat der Stadt Berlin Vorschläge für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm unterbreitet, nach dem 10 Millionen Mark verausgabt werden sollen für Autobusse, Straßenbahnwagen, Schienenmaterial, sowie Ausbesserungen von Hochbahnstrecken. Das Programm ist ein Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Stadt Berlin, in dem außerdem noch Brückenbauten, Kanalisationsarbeiten u. s. w. vorgesehen sind.

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Herde Oefen / Gaskocher
niemals besser und
niemals billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85
U-Bhf. Inselbrücke

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwall
Engelsplatz 12

Selven
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Bst, Wilhelstr. 1

Kauft preiswert und in bester Qualität
Vollwertnahrungsmittel
vom Reformhaus
Gesundheitsquelle
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr.

LIGA FÜR MUTTERSCHUTZ
und soziale Familienhygiene
(Bund für bewußte Geburtenregelung e. V.)
Sitz Berlin C 2, Breite Str. 7
Die größte sozialistische Organisation für Sexualreform
u. Geburtenregelung, Medizinische u. juristische Beratung,
Sexual- und Eheberatungsstellen an vielen Orten im Reich.
Die Sexualberatungsstelle, Breite Straße 7
Leitung: Dr. Levy-Lenz.
ist Montag und Mittwochs nachmittags von 3-5 Uhr
geöffnet. Gebühr 50 Pf. Schriftliche Beratung erfolgt
gegen Voreinsendung des Rückporto.
Neu angegliedert:
Säuglings- und Kinderberatung
Leitung: Dr. Martha Wolf.
Freitags von 4-5 Uhr.
„Liebe und Leben“
das reich illust. Blatt für Sexualaufklärung
Probenummer kostenlos

Feinbesohl-
Anstalt
und Schuhfärbererei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Getrocknete
Bananen
sind nahrhaft u. billig,
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund
brutto nur 3 Mark,
frei Haus, n. a. Orten.
Voranzahlung
auf Postscheck-Konto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

Fahrräder
Bereifung
Ersatzteile
Reparaturen
billig, billiger!
Richard Kuhl
Stallschreiber str. 63

Zu spät
kommen von. Partschke u. Ford.
Siemens, Gräflich, H. Ipp, Ehr-
hardtstr. 101. Wollheim & Weber
G. m. b. H., Berlin W 30/28.
Freunde und Leser
des „FUNKEN“
Berücksichtigt bei Ein-
käufen unsere Inserenten!
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Böttingen, Nikolausberger Weg 87.

Röstkaffee
per Pfund 2,-, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-
scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heidhörn 42.

Ist Maßkleidung zu teuer?
Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauer-
hafter und darum billiger als Konfektion.
Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung!
Machen Sie einmal den Versuch!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Seit 17. Januar:
Douglas Fairbanks in
Der vierte Muskettier
mit Adolphe Menjou,
Barbara La Marr, Fred Niblo
Der Boss
Nach dem Roman von Mark Twain:
„Ein Yankee am Hofe des Königs
Artus“ mit Will Rogers u. Mirna Lov
Anfangszeit: 18. 18. 21 Uhr.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

Neuerscheinung:
LEO TROTZKI!
Über Lenin
Material für einen Biographen.
Mit 3 Bildern. 172 Seiten.
Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,- Mark.
Dieses Buch „LEO TROTZKI“ ist in einer deutschen Ausgabe bereits ein-
mal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKI und
seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich.
Die Aufzeichnungen TROTZKI über seinen Lehrer und den Meister der
russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokum-
ent, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwick-
lung der russischen Revolution besitzen.
Inhalts-Verzeichnis:
Vorbemerkung — Vorwort.
LENIN und die alte „Iskra“:
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-
Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regie-
rungsarbeit. — Die tschechoslowakischen und die linken Sozialrevolutionäre.
— LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber
den Kranken. — Der Tote.
Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 318 42.

Weißt Du noch?

Der Altonaer Blutsonntag: 17. Juli 1932. Kommunisten hatten vorher den Polizeipräsidenten Eggerstedt vergeblich ersucht, die ungeheure Provokation der Nazi-Demonstration durch das Proletariatsviertel nicht zuzulassen. Ergebnis: 18 Tote und viele Verletzte; viele in ihren Wohnungen erschossene Unbeteiligte.

Drei Tage nach dem Altonaer Blutsonntag erging über Preußen der 20. Juli. Begründung für den Handstreich: „Die blutigen von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen.“

Die Naziprovokation „Front gegen Karl-Liebknecht-Haus“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten trotz warnender persönlicher Vorstellungen kommunistischer Abgeordneter genehmigt worden. Der Polizeipräsident hat damit die Verantwortung für die Folgen übernommen — wie der Altonaer Polizeipräsident für die 18 Toten von Altona verantwortlich ist.

Gegen die in Meerut seit fast vier Jahren gefangenen indischen und englischen Arbeiterführer wurde das Urteil gefällt. 26 wurden zu insgesamt 180 Jahren Verschickung und schweren Kerker verurteilt; ein Gefangener wurde zu lebenslänglicher Verschickung verurteilt, vier wurden freigesprochen.

In Indochina sind 83 Revolutionäre zum Tode verurteilt; 53 sind bereits hingerichtet worden. 160 wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, 420 zu Deportation.

In Frankreich sind zwischen Vertretern der Vorstände der SP und KP Verhandlungen über die gemeinsame Einberufung einer Versammlung im Gange.

In Deutschland haben seit 1922 niemals Besprechungen über Einheitsaktionen zwischen der KP- und SP-Führung stattgefunden.

Im Haushaltsplan für 1932/33 waren 766,1 Millionen Mark für die Wehrmacht vorgesehen und für Bildungswesen (die vorbildende Kirche einbezogen) 26,5 Millionen Mark.

Wehrsport im Reichsbanner; aber keine Beteiligung im Reichskuratorium.

Die Bundespressestelle des „Reichsbanners“ teilt mit: Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat in seiner Sitzung vom 18. Januar, die mit einer Besichtigung des Wehrsportlagers in Magdeburg verbunden war, die vom Bundesführer Höltermann getroffenen einleitenden Maßnahmen zur Durchführung des Wehrsports und des freiwilligen Arbeitsdienstes gebilligt. Als einmütige Meinung wurde festgestellt, daß alle verfügbaren Kräfte des Bundes zur Weiterentwicklung und Steigerung der Wehrsportarbeit zu aktivieren sind. Eine Beteiligung am Reichskuratorium für Jugendertüchtigung wird unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht für zweckmäßig erachtet. Weiter beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der Vorbereitung der Bundesgeneralversammlung, die in der Zeit vom 17. bis 19. Februar in Berlin stattfindet.

Maulkorberlaß.

Die Oldenburgische Regierung hat ihren Beamten und Angestellten kurz vor dem Weihnachtsfest eine schöne Ueberraschung beschert:

„Den staatlichen Beamten und Angestellten sowie den Volksschullehrern und sonstigen Gemeindeführern wird verboten, Zeitungen gegen Entgelt Berichte über Versammlungen oder sonstige Veranstaltungen, sowie über Vorkommnisse dienstlicher oder außerdienstlicher Art zu liefern, oder ständig oder zwar nur gelegentlich aber doch in häufigerer Wiederkehr als Berichterhalter für Zeitungen tätig zu werden. Artikel heimatkundlichen oder wissenschaftlichen Inhalts fallen nicht unter das Verbot.“
gez.: Pauly.

Mit dem Fahrrad über die Alpen.

Von Otto Pfotenbauer.

Welcher junge Arbeiter möchte nicht auch einmal dahin, wo sich alljährlich die Bevorrechteten aller Länder ein Stelldrehen geben: In die gewaltige Bergwelt der Alpen mit ihrem Firnenglanz und den silbernen schlimmernden Hochtälern, — oder an die herrlichen Alpenseen Oberitaliens — oder gar an die blaue Adria mit dem märchenhaften Venedig?

Es gibt ja heute fast nur noch eine Möglichkeit für den Arbeiter, die Schönheiten der Welt kennenzulernen: die Walze. Obwohl die Walze den romantischen Zauber früherer Zeiten längst verloren hat und in der Hauptsache nur noch in einer trostlosen Schnorrerei besteht, die seelische Qualen und oft die Gefahr der Verwahrlosung des Charakters mit sich bringt, sind die Landstraßen mit vielen Tausenden junger und alter Walzbrüder bevölkert. Aber nur einzelne bringen die Kraft auf, sich neben der ständigen Nahrungssorge mit den Schönheiten der Natur zu beschäftigen, oder gar noch an den Kämpfen der Arbeiterschaft teilzunehmen.

Schon aus Zeitmangel kam die Walze für uns nicht in Frage. Wir hatten nur vier bis fünf Wochen zur Verfügung. Wegen unseres schäbigen geringen Bargeldbestandes konnte nur das Fahrrad als Beförderungsmittel in Frage kommen. Quartiere konnten wir nur in Jugendherbergen beanspruchen, — und die Verpflegung mußte aus dem eigenen Kochtopf geliefert werden. Wir wollten durch Süddeutschland und Oesterreich nach Italien; wir wollten Länder und Leute kennen lernen und (als Schüler einer Kunstgewerbeschule) besonders auch architektonische Studien betreiben.

Start in Weimar.

Am Pfingstsonnabend nachmittag starteten wir. Die Fahrt sollte von Weimar nach Probstzella (Thüringer Wald) gehen. Die Rucksäcke türmten sich hinter den Satteln auf, sodaß wir uns bei Talfahrten daran anlehnen konnten. Es war sehr heiß, und es ging durch sehr hügeliges Gelände, wir bekamen so einen Vorgeschmack von „den Dingen, die da

Das Hornberger Schießen im Ältestenausschuß.

Das mit Spannung erwartete Zusammentreffen der Ältesten des Reichstags verlief so komödienhaft wie alle parlamentarischen Zuckungen der Vertretung des souveränen Volkes der jüngsten Zeit.

Zunächst verschob man den Beginn der schweren Sitzung von 15 auf 16 Uhr. Vorher war noch der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, der Prälat Leicht, von Herrn von Schleicher empfangen worden, dem er gesagt hatte, daß die Partei von sich aus keinen Antrag auf Vertagung der Reichstags-Einberufung stellen würde, daß sie sich aber einem solchen Antrag nicht widersetzen würde, wenn andere ihn, gut begründet, stellen würden.

Da für fast alle Parteien der Wunsch bestand, eine Vertagung durchzusetzen, aber ja nicht zu sagen, daß man das wünsche, — mußte also mit Wendungen und Verdrrehungen gearbeitet werden.

Den Eiertanz eröffnete Dr. Frick (Nat.-Soz.).

Er stellte den Antrag, den Reichstag zusammenzutreten zu lassen, wenn die Möglichkeit bestünde, die politische Aussprache mit der ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1933 zu verbinden. Es sei damit auch eine geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen gegeben. Allerdings müsse dann die Vorlegung des Haushalts beschleunigt werden.

Der Kommunist Torgler

stellte gleich die Demagogie dieses Antrages fest, indem er daran erinnerte, daß der Finanzminister erklärt hat, die Vorlegung des neuen Haushalts würde sich ziemlich bis an das Ende des laufenden Haushaltsjahres hinauszögern, also bis zum 31. März.

Der Zentrumsmann Bell

hielt nun wohl seinen Augenblick für gekommen, „vermittelnd“ einzugreifen und zu beantragen, den Reichstag zum 31. Januar einzuberufen und den Ältestenausschuß zum 27. Januar, zur Fortsetzung der Tagesordnung der bevorstehenden Reichstagsitzung.

Staatssekretär Dr. Planck

erwiderte, um alle Mißverständnisse auszuschließen, daran, daß zu diesem Termin jedenfalls der neue Haushalt auf keinen Fall vorgelegt werden könne. Wenn aber die Frak-

tionen noch etwas „Zeit brauchten zur Feststellung der Mehrheitsverhältnisse“, er meinte sicher zur Fortführung des Kuhhandels, so sei die Regierung damit einverstanden.

Oberföhren (DNVP)

äußerte sich ähnlich. Wenn die NSDAP eine kleine Verzögerung wünsche (zur Verständigung mit Hugenberg vielleicht?), so werde die DNVP nicht dagegen sein. Im übrigen aber würden die Entscheidungen nicht im Parlament gefällt!

Der Antrag Dr. Fricks,

den Reichstagspräsidenten zu ermächtigen, den Reichstag selbständig einzuberufen, wenn der neue Haushalt vorliege, wurde abgelehnt.

Der Antrag Bell,

den Reichstag zum 31. Januar einzuberufen, wurde gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Und die Schleicher-Regierung?

Die Reichsregierung markiert vorläufig Ruhe, weil sie sieht, daß die ändern nicht viel mehr wissen als sie selber. Sie läßt erklären, daß kein Grund vorgelegen habe, gegen die Vertagung anzugehen. Der Beschluß habe jedenfalls die Scheu vor der Auflösung gezeigt. In acht Tagen werde die Regierung die Entscheidung verlangen, ob man mit ihr arbeiten wolle oder nicht. Einer Fortsetzung dieses Vertagungsspiels seien dadurch Grenzen gesetzt, daß der Reichspräsident auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung die Möglichkeit habe, den Reichspräsidenten um Einberufung des Reichstages zu ersuchen. Dann könne der Reichstag zur Entscheidung gezwungen werden. Die Regierung habe es aber immer in der Hand ihre Erklärung abzugeben, es sei denn, daß von irgend einer Seite die sofortige Abstimmung verlangt werden sollte. Würde dies eintreten, so würde das die sofortige Auflösung des Reichstages zur Folge haben.

Die sozialdemokratische Mehrheit der Rathenower Stadtverordnetenversammlung wählte am Donnerstag das neue Büro der Versammlung. Alle übrigen Fraktionen übten Wahlstreik aus.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages

beschloß auch am Freitag eine Reihe von Maßnahmen zu Gunsten der breiten Massen:

Aufhebung der notverordneten Krankenschein- und Rezeptgebühren. Die Versicherten in der Krankenversicherung sollen Kassenhilfe nach dem am 1. Januar 1930 (also vor Brünings Notverordnungstätigkeit) geltenden Bestimmungen erhalten. Inzwischen eingeführte Verbesserungen sollen allerdings in Kraft bleiben. (Antrag der Kommunisten; gegen die Stimmen des Zentrums und der Christlich-Sozialen, bei Enthaltung der Deutschnationalen, angenommen.)

Aufhebung aller Notverordnungsvorschriften, die den Krankenkassen Mehrleistungen verbieten. (Antrag der Sozialdemokraten, von derselben Mehrheit angenommen.)

Gleichstellung der Familienangehörigen der Krankenkassenmitglieder mit den Mitgliedern selber in bezug auf die Kassenleistungen. (Nazi-Antrag, angenommen gegen Zentrum und Christlich-Sozialen.)

Festsetzung von Richtlinien zur Prüfung der Geschäftsführung der Krankenkassen; diese Richtlinien soll der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Versicherungsträger festsetzen. (Antrag des Zentrums und der Christlich-Sozialen.)

Ein Antrag auf unentgeltliche Kartoffel-Lieferung an Erwerbslose ist am Freitagabend vom Berliner Stadtgemeindevorstand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Sahm angenommen worden. Ob der Magistrat sich an diesen Beschluß halten wird, wird von vorher herein als fraglich bezeichnet!

Auswärtiger Ausschuß.

Anträge gegen Schleicher gerichtet.

Im Auswärtigen Ausschuß wurden gestern zwei Entschliessungen gefaßt:

Zuerst mit 17 gegen 11 Stimmen eine nationalsozialistische, die die Einstellung der deutschen Zahlungen an Belgien

(aus dem Mark-Abkommen vom 15. Juli 1929) fordert, weil im Lausanner Abkommen Belgien die wirtschaftliche Notlage Deutschlands mit anerkannt habe. Die Entscheidung fordert Einstellung der Zahlungen „bis auf weiteres“.

Dann wurde eine nationalsozialistische Entschliessung angenommen, die sich gegen die Neujahrsansprache Schleichers wendet, und zwar gegen den Satz, daß Deutschland nunmehr von Reparationen befreit sei.

Deutsche Bildung.

Im Einverständnis (!) mit der belgischen Regierung werden zur Eröffnung der belgischen Kunstaussstellung in Berlin keine besonderen Festerlichkeiten stattfinden. Die Reichsregierung und die Kommissarische Preussische Regierung hatten nämlich erklärt, daß sie bei der Eröffnungsfeier nicht vertreten sein würden, das schreibt wenigstens die „Berliner Börsen-Zeitung“. Die Ausstellung wird am 22. Januar eröffnet.

Morgenveranstaltung des „Funkens“.

Am Sonntag, dem 5. Februar, um 11 Uhr, findet in der „Kamera“, Unter den Linden 14, eine Morgenveranstaltung des „Funkens“ statt mit dem Thema:

Achtung des Krieges!

Unter anderen haben ihre Mitwirkung in Aussicht gestellt:

Ernst Busch, Ernst Glaeser, Alexander Granach, Erich Mühsam, Theodor Plivier, Agnes Straub.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1,— Mark und 1,50 Mark, für Erwerbslose 0,50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funkens“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funkens“ zu.

kommen sollten“. Als wir das Saaletal verlassen hatten und in das romantische Loquitztal einbogen, senkte sich leise die Nacht über die Berge des Thüringer Waldes, und bei hellem Mondenschein landeten wir in Probstzella.

Die Jugendherberge ist mit einer großen Gruppe SAJ aus Bayern besetzt. Durch gutes Zureden bekommen wir noch ein paar Plätzchen zum Schlafen. Wir bereuen aber bald, nicht im Freien unser Lager aufgeschlagen zu haben, denn die „Jugendgenossen“ — besonders aber die Mädchen — randallieren die ganze Nacht, erzählen sich Witze, promennieren im Nachthemd umher und sind durch unsere energischsten Proteste nicht zur Ruhe zu bringen. Wir sind darum froh, als sie mit den ersten Sonnenstrahlen abziehen. Sie singen laut zum Städtchen hinaus: „Mit uns zieht die neue Zeit.“

Ueber den Thüringer Wald ins Frankenland.

Ein schöner, aber sehr heißer Pfingsttag bricht an. Wir fahren über den Rennstieg (der Wasserscheide zwischen Rhein und Elbe), und lustig sausen wir auf unseren Rädern in das Frankenland hinunter. Kronach hat mit seiner alten Burg, den alten Straßen und Häusern noch mittelalterlichen Charakter; dieser Eindruck verstärkt sich noch, als wir viele Hunderte von festlich gekleideten Kirchenbesuchern aus der Kirche strömen sehen. — Selbst in den kleinsten Dörfern Frankens sieht man an mehreren Häusern die hier typischste Geschäftsverbindung groß angeschrieben: Brauerei und Metzgerei. Auf den Höhen des Maintales stehen stolz die Wahrzeichen katholischer Macht, zwei mächtige Barockbauten. Links die Wallfahrtskirche Vierzehenheiligen und rechts Kloster Schloß Banz. Viele schmale Wallfahrtswege führen auf die Höhen. — Bald tauchen eine Menge Kirchtürme in der Fahrtrichtung des weiten Tales auf, und in einer Stunde sind wir im fränkischen Rom: Bamberg. Bamberg hat heute eine Ueberraschung für uns, es gibt eine neue, mustergültig eingerichtete Jugendherberge, schön am Rande der Stadt gelegen. Mit Grausen und Schrecken hatten wir schon an die alte, frühere Jugendherberge gedacht.

Mittelalter in Bamberg.

Es muß in Bamberg aber noch etwas los sein, die Straßen sind mit Girlanden, und fast alle Fenster mit vielen

weiß-blauen Papierfähnchen geschmückt. Als wir am anderen Morgen aus der Stadt hinaus wollen, erfahren wir den Zweck der Straßenschmückung. Wir geraten in eine große Prozession und können nicht weiter fahren. Laut betend und singend bewegt sich langsam ein großer Zug Männer, Frauen und Kinder durch die Straßen. An der Spitze marschiert eine Musikkapelle, von Polizisten flankiert, dann kommen geschmückte Kinder und Kerzenträger. Unter einem Baldachin kommt dann im prunkvollen Ornat die hohe Geistlichkeit, umgeben von einer Reihe Meßknaben. Hinterher ziehen die Gläubigen, streng nach Geschlechtern getrennt, abwechselnd nach der Musik singend oder laut betend. Auch die Männer im Zuge (dem Ausschuss nach sind viele Arbeiter darunter) machen alle ernste und würdige Geichter. Dazwischen ertönen die Klingeln der Chorknaben wie Signale. Es ist ein richtiges öffentliches Schauspiel! Finsteres Mittelalter in Bamberg von 1932! — Um weiter zu kommen, müssen wir durch Nachbarstraßen die Prozession überholen. Rasch werfen wir noch einen Blick in den herrlichen Dom, und dann geht es hinaus auf die schon glühende Asphaltstraße, Nürnberg zu.

In dem kleinen Universitätsstädtchen Erlangen ist Bergkirchweih. Die zusammengeströmte Menge sitzt unter schattigen Bäumen und trinkt Bier — und weiter nichts als Bier. Die Brauereien machen tüchtig Reklame für die Kirchweih. Ein Gemüsehändler, bei dem ich etwas einkaufte, will es gar nicht fassen, daß wir nicht zur Kirchweih bleiben wollen.

Ganz ormattet vom Sonnenbrand, holpern wir am Nachmittag über altes Pflaster durch reizende Gäßchen in die Nürnberger Altstadt. In Nürnberg haben wir reichlich Gelegenheit, unsere Fachstudien zu pflegen. — Wie wir hören, sollen in letzter Zeit besonders viele reiche Amerikaner nach Nürnberg kommen, die mit Interesse die „Eiserne Jungfrau“ (ein grausames Hinrichtungsinstrument aus dem Mittelalter. Die Red.) besichtigen und sich die alten Fabeln erzählen lassen; unter anderen die vom Raubritter Eppelen, der den Henker vor der Nase weg auf seinen Rappen über den breiten Wallgraben der Burg entflohen ist. „Ja, das waren noch Zeiten!“, sagt stolz ein Fremdenführer auf der Burg.

(Fortsetzung folgt.)

Rationalisierung des Absatzes für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Den Landwirten ist mit Preisstützungsaktionen auf die Dauer nicht gedient; denn je mehr sich Deutschland der Selbstversorgung des Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse nähert, desto mehr wird der Preis bestimmt durch die gesunkene Kaufkraft der Verbraucher. Der Landwirt ist genötigt, zu dem Preis zu verkaufen, den der städtische Verbraucher für Lebensmittel aufwenden kann, und das ist nicht viel. Es bleiben dem Landwirt zwei Wege zur Steigerung seiner Erträge, die den Verbraucher nicht mehr als bisher belasten. Der eine Weg ist die Senkung der eigenen Produktionskosten.

Die Preisspanne zwischen den Erzeuger- und Kleinhandelspreisen ist in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen und steigt auch in den Nachkriegsjahren noch stetig. Umso kleiner wird der Anteil, der in die Hand des Erzeugers gelangt. Im Berliner Kartoffelhandel ist die Spanne zwischen dem Erzeuger- und dem Ladenpreis des Fleischers eine Preisspanne von 20 bis 24 Prozent ermittelt. Der Weg vom Landwirt zum Großschlächter geht aber noch über den Aufkäufer, die Viehhändler und den Viehkommissionär, die auch verdienen wollen. Es ist klar, daß die Ausschaltung von Zwischenstufen auf dem Wege zum Verbraucher bedeutende Ersparnisse bringen kann.

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 17. Dezember wird hierfür ein Beispiel aus Bayern berichtet. Dort bezieht ein Konsumverein Milch direkt von den Bauern und bezahlt dafür 16 Pfennig pro Liter, während die am Orte befindliche Käserei nur 12 Pfennig bezahlt. Trotzdem ist der

Käse in der Konsumgenossenschaft nicht teurer als in der Käserei. Der Durchschnittsertrag einer Milchkuh betrug 1931 rund 2370 Liter. Die direkte Verbindung zwischen dem landwirtschaftlichen Erzeuger und dem Verbraucher durch die Konsumgenossenschaft in unserem Beispiel bringt also für den Landwirt bei Zugrundelegung des Durchschnittsertrages einen Mehrertrag von 94,80 Mark für jede Kuh pro Jahr.

In dieser Beziehung läßt sich zweifellos noch viel tun. Nach einer Erhebung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1931 hat sich zwar der Umsatz der Waren, die unmittelbar vom Landwirt oder von landwirtschaftlichen Genossenschaften an die Konsumgenossenschaften geliefert wurden, im Jahre 1931 von 47,3 auf 69,3 Millionen Mark erhöht, beträgt aber immerhin erst 5,7 Prozent des reinen Lebensmittelumsatzes der Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften legen großen Wert auf die direkte Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Erzeuger, und es ist klar, daß dabei sowohl die Verbraucher als auch die Erzeuger nur gewinnen können. Allerdings besteht bei den Landwirten zum Teil aus politischen Gründen ein Vorurteil gegen die Konsumgenossenschaften. Die Zurückhaltung vieler Landwirte gegen die Konsumgenossenschaften oder ihre offene Bekämpfung aus politischen Gründen schädigt letzten Endes aber den Landwirt mehr als die Genossenschaften.

Jedenfalls sind Preisstützungsaktionen für die Landwirtschaft besonders unangebracht, solange die Möglichkeiten nicht ausgenutzt werden, die Produktion auf anderem Wege aus eigener Kraft rentabel zu gestalten. Die direkte Verbindung mit den städtischen Verbraucherorganisationen ist ein solcher Weg, der den Reinertrag in der bäuerlichen Wirtschaft erheblich steigern kann.

F. S.

Osthilfe-Sumpf.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wird endlich auf vieles Drängen hin einiges bekannt über die Tätigkeit der deutschen Osthilfe. Dem zuständigen Kommissar für die Osthilfe, Reichs Ernährungsminister von Braun, ist es gewiß nicht leicht geworden, über diesen Skandal Bericht zu erstatten. Schließlich hat er sich bereit erklärt, „vertraulich“ Angaben zu machen.

Fast 200 Großagrarien hat das Reich aus öffentlichen Mitteln subventioniert. Jeder dieser Großagrarien hat im Durchschnitt 160 000 Mark erhalten, — nicht etwa als Darlehn, sondern als Geschenk!

In der Haushaltsausschuß-Debatte am Freitag führte der Sozialdemokrat Heinig eine Reihe von Fällen an, in denen die Osthilfegelder verwandt wurden, zur Vergrößerung des Besitzes und sonstigen Zwecken, die jenen, der seine Steuergelder dafür hergeben muß, empören.

Heinig fragte unter anderem, ob jetzt noch bestritten werde, daß Herr von Oldenburg-Januschau sich auf dem Wege über die Osthilfeanierung 621 000 Mark beschafft hat? In Schwierigkeiten ist dieser Vorkämpfer der vorzweifelnden Großlandwirte dadurch gekommen, daß er sich bei den ständig sinkenden Güterpreisen zu einer Ausdehnung seines Besitzes entschloß. Ob es drei oder vier Güter sind, die er jetzt besitzt, ist allerdings noch strittig. Nach dem Zukauf stiegen aber nicht die Güterpreise, sondern sie sind weiter gesunken. Auch Herr von Oldenburg-Januschau meinte, nun seine Schulden nicht zahlen zu können; er wird vom Reich saniert und behält seine Güter!

Der Gutsbesitzer von Zickewitz-Kottow verlangt vom Reich Mittel zur Sanierung, weil er durch den Kauf eines zweiten Gutes in Geldschwierigkeiten gekommen ist. Ferner wird von einer Sanierung des Gutes von Hermine von Hohenzollern gesprochen. Ein ungewöhnlich hohes Entschuldungsdarlehn hat angeblich der Nationalsozialist Freiherr von Wolff bekommen, der zugleich Leiter der Osthilfe-Landstelle Stettin ist. Der Graf von Kalckstein hat vom Reich eine Umschuldungshypothek bekommen und sein Gut dann zur Versteigerung gehen lassen; das Reich hat dabei 50 000 Mark verloren. Bei der Versteigerung hat Gisela von Kalckstein das Gut erworben und angeblich hat sie wiederum 100 000 Mark vom Staat geschenkt erhalten.

Heinig fragt weiter:

Wie stehe es mit dem Gut Groß-Plauen des Herrn von Weiß, im Kreise Wohlauf? Dort soll das Reich 260 000 Mark Umschuldungshypothek und 56 000 Mark Zuschuß verloren haben. Nach der Versteigerung habe eine Verwandte des Besitzers den Betrieb mit einer neuen Beihilfe von 40 000 Mark übernommen und Herr von Weiß führe jetzt sein Gut als Betriebsleiter.

Der Betrieb des Regierungsassessors a. D. von Flügge wird von Treuhändern unter großen Verlusten fortgeführt, und seine Gläubiger warten schon lange auf Zinsen; von Flügge selber erhält als Rechtsanwalt eines großen Industriekonzerns beträchtliche Privateinkünfte.

Nicht nur die Großgrundbesitzer verschlingen ungeheure Summen von Steuergeldern, sondern auch der große Beamtenapparat der Osthilfe. Braun teilte mit, daß beim Reichskommissar für die Osthilfe und den Landstellen insgesamt 820 Personen beschäftigt seien und daß von den 800 Köpfen der Industriebank der größere Teil auf die landwirtschaftliche Umschuldung entfalle. Die Zahl der Treuhänder werde auf mindestens 800 bis 900 veranschlagt.

Gegen den Zehnten in England.

In England hat die Kirche vielen Landwirten gegenüber Ansprüche auf den Zehnten. Gegen die Zahlung des Zehnten ist in der Krise eine Bewegung entstanden, deren Anhänger vielfach mit Erfolg passiven Widerstand leisteten. Die Bewegung erstreckt sich über einen großen Teil des Landes und ist besonders kräftig in Kent, Sussex, Wiltshire, Norfolk, Suffolk und Essex. 9000 bis 10 000 Landwirte sind zusammengeschlossen in der Vereinigung der Zehnten-Zahler (besser gesagt: der Nicht-Zahler!). Vorsitzender der Vereinigung ist ein ehemaliger liberaler Abgeordneter Keward; er ist — für England bezeichnend! — ein Geistlicher.

Pfändungen gegenüber den Schuldnern des Zehnten blieben meist erfolglos. Zum Teil gaben Landwirte bei den Versteigerungen lächerliche Gebote ab. Vielfach sind

Heusehofer auf diese Weise versteigert worden zu 3½ Schilling (weniger als drei Mark).

In einem Fall ist der gesamte Hausrat eines Landwirts im Wert von 400 Pfund Sterling zum Preis von 1 Pfund, 7½ Schilling verkauft worden. Man hat von außerhalb Personen hergeholt, die höhere Gebote abgeben sollten. In Ruckinge (Kent), wo man das versuchte, durchlebten einheimische Landwirte die Autoreifen der Kaufleute, und diese machten sich schleunigst aus dem Staub. So blieben die Pfändungsversuche meist erfolglos.

Ueber den Charakter der Bewegung spricht der folgende Vers aus dem

Lied der Zehnten-Zah'er.

Gott behüte uns vor diesen beutegierigen Priestern,
Die unsere Ernte beschlagnahmen und unser Vieh stehlen,
Die predigen: „Gott, gib uns unser täglich Brot“
und es uns vom Munde wegnehmen.

Wirtschaftsbelebung durch Kamele.

In Naestved (Dänemark) macht ein Landwirt ernsthaft Propaganda für die Einführung des asiatischen Kamels als Haustier in der dänischen Landwirtschaft. Er begründet seinen Vorschlag damit, daß das Kamel bedeutend fleißiger, stärker und genügsamer sei als das Pferd. — Wenn nicht schon so lange Kamele Wirtschaftspolitik treiben würden, käme wahrscheinlich niemand auf den Gedanken, Kamele in nordischen Ländern als Haustiere zu benutzen.

Die Wunde im Osten.

Heinrich Hauser: Wetter im Osten.“ Eugen Diederichs Verlag, Jena. 324 Seiten. Broschiert 4,80 Mark, gebunden 5,80 Mark.

Unter den vielen Geschäftstreibern, die am „Nationalismus“ verdienen und ihn deshalb fördern, sind auch Verleger, Schriftsteller und Buchhändler. Für sie ist Nationalismus Konjunktursache.

Die im Osten so unglücklich festgelegte Grenze ist geradezu geschaffen, den Nationalismus zu schüren. Von nationalistischen Büchern über Ostpreußen versprechen sich deshalb Verleger Erfolg. Sie suchen und finden dafür Schriftsteller. Wahrscheinlich ist so der Hetzroman „Achtung, Ostmarkenrundfunk! Polnische Truppen habe heute nacht die ostpreussische Grenze überschritten“ entstanden. Auch Heinrich Hauser, ein begabter junger Schriftsteller, erhielt von einem nationalen Verleger den Auftrag, ein Buch über Ostpreußen zu schreiben. Mit Annahme dieses Auftrages war er natürlich politisch im voraus festgelegt. Trotzdem ist das Buch lesenswert. Viele seiner Beobachtungen sind gut, besonders interessant sind seine Schilderungen über Großgrundbesitz und Siedlung.

Von dem Besuch bei einem Großgrundbesitzer, einem „typischen Vertreter des ostpreussischen Landadels“, berichtet er: „Das Haus: Das Herrenhaus ist ein Schloß. Ein langgestrecktes, zweigeschossiges Gebäude mit sehr hohem, steilem Dach, erbaut im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Es enthält mehr als dreißig Zimmer und große Repräsentationsräume. Man vergleicht das Neue, was man kennenlernt, ganz unwillkürlich mit den Verhältnissen, die man schon kennt. Die Landwirtschaft in überseeischen Ländern ist mir vertrauter als die deutsche. Ich sagte mir: Dies Gut, auf dem ich bin, ist ganze zwölfhundert Morgen groß. Aus dem, was die Bodenfläche abwirft, soll dieses große Herrenhaus und dieser großzügige Lebensstil, den es bedingt, erhalten werden. Die Fundos in Chile, die ich kannte, hatten das Zehnfache an Bodenfläche, und doch brauchten sie nur ein kleines Haus mit sechs oder sieben Zimmern zu erhalten. Die Weizenfarmen in Nordamerika hatten das Doppelte an Ackerland, und die Besitzer lebten in einem leichten Holzhaus, und die ganze Familie arbeitete mit auf dem Feld. Wie soll der ärmere Boden in dem ungünstigen Klima hier dies Schloß erhalten, das zur Bewirtschaftung allein Köche, Lehrmädchen, Mamsells und mehrere Dienstmädchen braucht?“

„Ueber Maschinen: Man redet von der mechanisierten Landwirtschaft Amerikas im Gegensatz zu Deutschland. Die meisten meinen damit den sprichwörtlichen Traktor, der, aus einer Maschine allmählich zu einem Götzen und Symbol geworden, in den Köpfen der Laien herumspukt. Aber ich habe in keinem Land auf gleicher Bodenfläche einen derartig großen Maschinenpark gesehen wie in Ostpreußen. Das Klima, die kurzen Bestelungs- und Erntezeiten machen diesen Aufwand notwendig, aber dieser notwendige Aufwand trägt in höchstem Maße zur Unrentabilität der Landwirtschaft bei. Eine Mähmaschine, von denen ein Gut wie dieses etwa ein halbes Dutzend besitzt, hat jährlich etwa 20 Arbeitstage. Eine Kartoffelsetzmaschine hat eine jährliche Arbeitsleistung von etwa sieben Tagen. Zwischen diesen beiden Jahresleistungen liegen die Arbeitszeiten fast all der kostspieligen Maschinen, die in der modernen Landwirtschaft gebraucht werden. Man vergleiche diese Maschinennutzung mit dem Betrieb einer Fabrik: Könnte irgendeine Fabrik rentabel wirtschaften mit einem Maschinenpark, der durchschnittlich vierzehn Tage im Jahr arbeitet? Sehr auffallend ist mir — wieder im Vergleich zu Amerika — die schlechte Maschinenpflege: Fast alles Gerät steht unter freiem Himmel, Wind und Wetter ausgesetzt. Vom Rost, sagt man, daß er im Gebrauch wieder abspringe. Die Landarbeiter, denen die Maschine ja nicht gehört, bringen ihr im allgemeinen wenig Verständnis entgegen. Ein hoher Prozentsatz des Maschinenparks befindet sich in Reparatur und wartet auf Ersatzteile.“

Das hier geschilderte Rittergut ist kein Ausnahmefall. Hauser sagt, daß von zehn Gütern bestenfalls eines vorteilhafter bewirtschaftet wird. Er kennt also die „Wunde im Osten“. Er folgert: „Diese Schicht als Schicht muß untergehen, sie hat sich überlebt. Man darf ihre Weiterexistenz von Staats wegen nicht unterstützen. Und das ganz unabhängig von der Frage, ob der Großgrundbesitz für Ostpreußen die günstigste Betriebsform ist oder nicht.“

Die Landarbeiter.

„Was waren das eigentlich für Menschen? Ich sah sie auf dem Acker barfüßig hinter dem Pflug hergehen, zermüht im Regen und Wind. Ich sah sie in langer Reihe auf dem Feld gebückt beim Rübenhacken; hinter ihnen wie ein

Kriegerdenkmal die Gestalt des Verwalters hoch zu Ross, das dicke Gesicht rot geschwollen vom Schimpfen. Er hatte recht zu schimpfen: sie arbeiteten mit einer zähen Trägheit, stumpfsinnig und ohne Willen. Ich sah ihre armseligen, feuchten und ungesunden Katen, die Kinder davor, nicht rotbäckig, gesund, vergnügt, wie man von Landkindern erwarten sollte, sondern schlecht genährt, schlecht gehalten, scheu und gedrückt in Gegenwart des „Herrn“. Wie die kleinen Mädchen knickten und wie die Jungen mit gesenktem Kopfe die Kappe in der Hand drehten, das war schon genau wie bei den Alten. Da war keine Entwicklung, kein Aufstieg in eine freiere menschlichere Haltung.

Die Landarbeiterwohnungen bilden den stärksten Gegensatz zu den Ställen. Die Ställe sind massiv, modern, hygienisch, sauber, glänzend eingerichtet und in jeder Beziehung einwandfrei, die Wohnungen der Landarbeiter sind in jeder Beziehung das Gegenteil. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Landarbeiter im Durchschnitt schlechter wohnen als das Vieh. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich noch einmal wiederholen, daß das Vieh gut wohnt und daß ich durchaus damit einverstanden bin, daß es gut wohnt. Der Grund, weshalb die Landarbeiter schlechter wohnen, ist ganz einfach der, daß der Mensch mehr aushält als das Vieh, daß er anscheinend tüchtiger ist als das Vieh, und das Vieh immer noch einen Marktwert, der Mensch aber keinen mehr hat. Es gibt Ausnahmen: Ich habe auch anständige Landarbeiterwohnungen gesehen auf einem Gut unter zehn. Aber es hat keinen Zweck, eine Sache, um die es miserabel steht, damit zu beschönigen, daß man sich an diese Ausnahmen hält.“

Es ist zu verstehen, daß die besten Landarbeiter diesem Druck ausweichen und in die Stadt als Industriearbeiter zogen.

Hauser sieht folgende Lösung: Ein allmählicher Aufstieg vom Landarbeiter zum Bauern ist erforderlich, um die Abwanderung gerade der besten Landarbeiter zu verhindern. Der Großgrundbesitz soll Boden an sie gegen Arbeitskraft abtreten. Mit einem guten Erfolg wurde dies auf einem von Hauser besuchten Gut zum Vorteil des Besitzers und der Landarbeiter durchgeführt.

Und die nationale „Wunde“?

Die ausführlichen Abschnitte über die Siedlung zeigen, daß bisher Fehler über Fehler gemacht wurden, und bestätigen, daß der Staat wenig guten Willen zur Siedlung zeigte.

Hauser findet, daß sich Polen, Litauer und Deutsche eigentlich gut vertragen. Einen Haß kann er nicht feststellen, höchstens einen Hochmut der Ostpreußen gegenüber Polen und Litauern. Aber, meint er, die polnischen Nationalisten warten nur auf den günstigen Augenblick, um die Grenze zu übertreten und Ostpreußen in ihren Besitz zu nehmen. Die Deutschen müßten deshalb aufrüsten, um jederzeit einen Angriff abschlagen zu können. — Auch Polen hat seinen Hauser, der auf die „Aufrüstung des kriegsrischen Ostpreußen“ zeigt und seine Landsleute auffordert, zu rüsten und kampfbereit zu sein, damit ein Angriff auf die polnische Grenzhoheit abgewiesen werden kann. So wird eine günstige Stimmung für neue Kriege vorbereitet. So werden nationale Wunden geschaffen und aufgerissen.

Der deutsche Hauser schreibt auf Seite 234: „Vergeßt nicht: Wir sind mitten im Krieg. Der Krieg hat viele Namen: Handelskrieg, Zollkrieg, Geldkrieg, Kulturkrieg, Krieg der Industrien, der Rechtstitel, der Bevölkerungsüberschüsse. Es ist verhältnismäßig unwichtig, ob auch noch ein Krieg der Waffen daraus werden wird. Denn alles sind nur verschiedene Formen eines Kampfes; es sind die Lebenskräfte des deutschen und des slavischen Volkstammes, die da miteinander ringen. Wir im Reich müssen die Aufgabe erkennen, alles, was wir an Kräften freisetzen können, an die bedrohte Front zu schicken. Das Wetter im Osten? Wir können uns selbst gut Wetter machen. Wenn wir nur wollen.“

Vergessen hat Hauser, daß im Weltkrieg 10 000 000 Menschen gemordet wurden, viermal so viel, als in Ostpreußen wohnen, oder ein Drittel der gesamten Bevölkerung Polens. „Lebenskräfte des deutschen und des slavischen Volkstammes“ kämpfen nicht; einen Krieg müssen Arbeiter und Bauern mit ihrem Leben bezahlen, und für sie gilt: Fort mit den Nationalisten hüben wie drüben!

Das Buch von Hauser ist gut geschrieben, es wird deshalb viele Leser finden und Verleger und Schriftsteller darin bestärken, weiter in Nationalismus zu „machen“. Dem Schriftsteller Heinrich Hauser rater wir, gründlicher und erster an politische Fragen heranzugehen, auch er trägt Verantwortung!

Rs.